



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/KZ/165 - 21. Juli 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

## Hinweise auf den Inhalt:

Schulzeitverlängerung + nicht mehr zu umgehen	S. 1
Ein Brief Morgan Phillips an den polnischen Ministerpräsidenten	S. 3
Die CDU und die Einladung des Obersten Sowjets	S. 4
Der Kanzler und die Atomstrategie	S. 6

## Das neunte Schuljahr

O.G. Das neunte Schuljahr ist eine alte Forderung der Lehrerschaft. Ihr wurde lange mit Skepsis begegnet, leider auch von großen Teilen der Eltern, die dahinter den Wunsch von "Schulmeistern" nach noch längerer Gängelung der Schüler vermuteten. So überholt und verkehrt diese Ansicht auch ist, so wenig sie sich mit all den pädagogischen, kultur- und wirtschaftspolitischen Überlegungen verträgt, die gebieterisch nach einer Verlängerung der Schulzeit rufen, so sehr ist sie im Bewußtsein vieler Menschen auch heute noch lebendig.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Stimmen aus der breiten Öffentlichkeit, und nicht nur aus dem Raum der Schule, sich mehren, die auf sofortige Einführung des neunten Schuljahres drängen. Neben den Gewerkschaften, den Organisationen der Wirtschaft und den kommunalen Spitzenverbänden hat sich nun auch die Ständige Konferenz der Kultusminister auf ihrer letzten Sitzung zu dieser Forderung bekannt. Aufgabe der Länderparlamente ist es jetzt, auf gesetzgeberischem Wege die praktischen Konsequenzen zu ziehen, soweit die Möglichkeit zur Verlängerung der Schulzeit nicht schon in den Schulgesetzen der Länder vorgesehen ist.

Neben die physiologischen und psychologischen Gründe, die zunächst dafür ins Feld geführt werden, treten heute mehr und mehr eminent politische. Daß der junge Mensch, der mit vierzehn Jahren aus der Schule in die technisierte und rationalisierte Arbeitswelt entlassen wird, weder körperlich noch seelisch in der Lage ist, die Anforderungen dieser Arbeitswelt zu meistern, gilt heute bereits als Selbstverständlichkeit.

Hinzukommt die Einsicht, daß acht Jahre Schulpflicht den Kindern nicht die Kenntnisse vermitteln können, die sie zur Bewältigung dieser neuen Arbeitswelt brauchen. Dies trifft vor allem auf die technischen Kenntnisse im späteren Beruf zu, aber auch auf die politische Bildung der künftigen Bürger der Demokratie. Darüber hinaus verlangt die größere Freizeit, die mit Einführung der 40-Stunden-Woche zur Verfügung stehen wird, Fähigkeiten, um diese Freizeit sinnvoll zu gestalten und um der ständigen Berieselung durch Instrumente der Kulturindustrie aktiv begegnen zu können.

#### Beispiel USA und Großbritannien

Für alle diese Aufgaben ist die neunjährige Schulpflicht ein Minimum, die Entwicklung drängt zur Zehn-Jahres-Schule, die England und die USA bereits als Regel aufweisen und welche die Ostblockstaaten mit Energie anstreben. Im Zeichen einer Koexistenz zwischen Ost und West, die vor allem durch wirtschaftlichen Wettkampf charakterisiert wird, ist die Investierung beträchtlicher Summen in die Ausbildung von Menschen mindestens genau so wichtig wie in herkömmliche Produktionsmittel. Der Einwand, die Bundesrepublik könne sich angesichts des Mangels an Schulraum und an Lehrern schon bei achtjähriger Durchschrittschuldauer eine Verlängerung einfach nicht leisten, kann deshalb in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation nicht als Entschuldigung gelten. Denn eines Tages - und hoffentlich nicht zu spät, wird man auch bei uns zu der Einsicht gelangen müssen, daß z.B. gut ausgebildete Ingenieure und Techniker heute für die Sicherheit des Westens entscheidender sein können als Divisionen.

So bleibt als letztes Argument der Gegner der Verlängerung der Schulzeit meist nur der Hinweis auf die noch nicht völlig geklärten Vorstellungen über den Inhalt der 9. und 10. Schuljahres. In der Tat bestehen darüber Meinungsverschiedenheiten. So gibt es Stimmen, welche diese zusätzliche Zeit für eine Erweiterung der herkömmlichen Allgemeinbildung reservieren möchten. Andere legen besonderen Wert auf den Einbau von Berufs- und Sozialkunde und von politischer Bildung in den Stundenplan des neunten Schuljahres. Schließlich gibt es die Meinung, daß das zusätzliche Schuljahr vor allem einer praktischen technischen Grundausbildung gewidmet sein müsse. Mit der Theorie allein wird man diesen Streit nie schlichten können, nur durch die Erprobung in der Praxis vermag man zu entscheiden, welches die beste Gestalt dieses neuen Schul-

jahres sein wird.

#### Brennende Notwendigkeit

Auch von daher wird also die baldige Verwirklichung zur brennenden Notwendigkeit. Übrigens liegen aus mehreren Bundesländern, die das neunte Schuljahr bereits seit längerer Zeit erproben, genügend Erfahrungen vor. Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen, jenes aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammengesetzte Gutachtergremium, hat sich schon im Februar 1954 für die Einführung des neunten Schuljahres ausgesprochen. Nachdem er seine Arbeiten an den grossen Gutachten zur politischen Bildung und zur Lehrerbildung abgeschlossen hat, beschäftigt er sich - wie kürzlich aus Anlass einer Sitzung des Ausschusses in Düsseldorf mitgeteilt wurde - mit einem Gutachten zur Reform der Volksschule. Es ist zu hoffen, dass darin auch praktische Vorschläge für die Gestaltung des 9. Schuljahres enthalten sein werden.

+ + +

#### Ein Appell um Milde

Morgan Phillips, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, richtete an den polnischen Ministerpräsidenten Josef Cyrankiewicz folgendes Schreiben:

"Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

der Aufruf, den wir hiernit an Sie richten, wird, so glauben wir, bei Ihnen als dem polnischen Ministerpräsidenten, dem früheren Kollegen in der internationalen sozialistischen Bewegung, und dem Verfechter weitgehender Demokratie in Ihrem Lande auf Verständnis stossen.

Wir haben im Laufe der vergangenen Monate in Polen ein gewisses Mass an freier Kritik sich entwickeln sehen, wir sahen, dass Schritte in Richtung auf eine Lockerung starrer Doktrinen gegangen wurden, wir erfuhren von der Freilassung Vieler, die ihrer Überzeugung wegen eingekerkert worden waren, und wir wurden Zeuge eines Versuches, den verfassungsmässigen und demokratischen Funktionen des polnischen Sejm Wirksamkeit zu verleihen.

Wenn wir uns all dies vor Augen halten, so mussten uns die tragischen Vorgänge in Posen wie ein Schock treffen, und wir betrauern an der Seite der polnischen Arbeiter und des polnischen Volkes alle diejenigen, die im mutigen Kampfe für Freiheit und Brot ihr Leben gelassen haben.

Die Arbeiterbewegung verdankt ihre Entstehung einzig und allein der Ergebenheit und der Opferbereitschaft des Volkes. Zuzeiten wird sein Kampf unterdrückt; bei anderen Gelegenheiten hat dieser Kampf den Weg

in die Emanzipation beschleunigt.

An Sie richten wir folgenden Aufruf:

Lassen Sie nicht nur weitgehendste Milde gegenüber allen denen walten, die gegen zugegebenermassen bestehende Mißstände Protest erhoben haben, sondern untersuchen Sie alle diese Mißstände, damit eine Wiederholung der Geschehnisse von Posen vermieden werde. Geschieht dies, und führt es zu einem grösseren Ausmass an Freiheit, dann haben Sie einen entscheidenden Schritt getan auf dem Wege zur Errichtung jener Art von demokratischer Gesellschaft, wie sie vor Ihnen und von mir in vergangenen Jahren erörtert wurde."

+ + +

#### Konrad Adenauers politische Sünden

sp. Als Bundeskanzler Konrad Adenauer am 8. September 1955 zu einem offiziellen Staatsbesuch bei der Regierung der UdSSR nach Moskau fuhr, da hat er mit diesem Schritt:

- 1/ die Unfreiheit und die totalitären Prinzipien des Rätensystems anerkannt und der Kreml-Führung das Ansehen einer freigewählten Regierung gegeben;
- 2/ da ist er an der langen gespenstischen Reihe der vielen Toten und Eingekerkerten der Völker, die in kommunistische Gewalt gerieten, vorbeigegangen;
- 3/ da hat er nicht an die Unterdrückten und die Unterdrückten in der Sowjetzone Mitteldeutschlands gedacht;
- 4/ da hat er den Versuch der Sowjetregierung gefördert, in den Ablauf der deutschen Politik einzugreifen und ist damit der kommunistischen Fernsteuerung erlegen;
- 5/ da hat er der Wiedervereinigung nichts genützt;
- 6/ da hat er schliesslich schlechthin eine entwürdigende Zumutung auf sich genommen und ist einer durchsichtigen Propagandanäpfelei zum Opfer gefallen.

Ist diese Kritik an dem Bundeskanzler zu viel des guten, sogar ungenügend? Überschreitet damit die sozialdemokratische Opposition ihre Grenzen?

Von einer Kritik der SPD ist hier aber gar keine Rede. Was hier in sechs Punkten aufgezählt wird, das sind die massiven Vorwürfe, die der offizielle Pressedienst der CDU/CSU, der "Deutschland-Union-Dienst", am 20. Juli 1956 dem Bundestag für den Fall an den Kopf warf, dass er die Einladung Moskaus zur Entsendung einer offiziellen Delegation anzunehmen wagen sollte. Die Frage der Annahme dieser Einladung steht zunächst noch nicht zur Debatte; über sie wird sachlich bei Wiederbeginn der Bundestagsarbeit entschieden werden. Wir haben diese Vorwürfe des CDU-Pressedienstes säuberlich aus seinem überreizten Artikel, der in der platten "Todfeind"-Manier des Bundeskanzlers geschrieben worden ist, herausgele-

sen und sie nur auf die Moskau-Reise des Bundeskanzlers selbst transportiert, um an CDU-Zitaten zu zeigen, dass die CDU keine Politik mehr treibt, sondern sich hysterischen Gemütsaufwallungen ergibt.

Die CDU tat aber noch ein Übriges: Sie lässt in ihrem Pressediens offiziell erklären, dass es kein westeuropäisches Parlament gäbe, das eine solche Moksauer Einladung angenommen hätte. Das ist eine ganz billige Spekulation auf die Vergesslichkeit, denn es ist doch eine Tatsache, dass die französische Nationalversammlung und das österreichische Parlament offizielle Delegationen nach Moskau entsandt haben. Die Behauptungen der CDU haben also zwei kurze Beine, und ihre Propaganda ist in Wirrnis versandet.

+ + +

#### Mehr Werber als Geworbene

sp. Sandboten des Bundesverteidigungsministeriums schwirren in bayrischen Gefilden umher, um Offiziere für die Bundeswehr zu werben. Sie haben es vor allem auf die Abiturienten abgesehen. Vom bayrischen Kultusministerium wurden den Werbern keine Schwierigkeiten bereitet. Ihnen öffneten sich die Tore der Schulklassen. Aber siehe da, die Herzen der Schüler blieben auch den verlockendsten Angeboten verschlossen. Die Vorträge der Werbeapostel trugen das Stichwort: Berufsberatung. Von dieser Art von Beruf wollen die Abiturienten nichts wissen. Nur 54 von 1 600 entschieden sich dafür, so dass von den 62 Werbeoffizieren nicht einmal jeder für sich einen Erfolg buchen konnte. Teilweise liebten die Abiturienten den Vorträgen überhaupt fern, oder, sofern sie erschienen, stellten sie den Blankschen Erbsäuren recht peinliche Fragen. Oft ging es auch recht stürmisch bei dieser Werbeaktion zu.

Diese inneren Einstellung der deutschen Jugend spricht Hände. Propaganda, mag sie auch noch so verführerisch sein, kann eben das nicht als notwendig erscheinen lassen, was nicht als notwendig empfunden und erkannt wird. Die plumpe und durch Goebbels gründlich diskreditierte Art in der heute der deutschen Jugend der Gedanke der Wehrbereitschaft nahegebracht wird, schlägt ihren Urheber ins Gesicht. Welche Aussichten hat eine Politik, deren Ergebnisse offensichtlich von den davon zuerst Betroffenen auf Ablehnung stößt?

+ + +

Konsequenz

ler. Die Bundesrepublik müsse mit konventionellen Waffen aufrüsten und ein Heer von 500 000 Mann um jeden Preis aufstellen, weil sonst ein Atom-Krieg zwischen West und Ost unvermeidlich sei. Dies ist die Bonner These, mit der das Abenteuer der Aufrüstung gerechtfertigt werden soll. Zuletzt hat sie der Kanzler selbst vertreten.

Wie steht es damit?

Die amerikanischen Sicherheitstruppen in der Bundesrepublik haben sich schon vor Jahren auf den Atom-Krieg eingestellt. Auf bundesrepublikanischem Boden sind - einziges europäisches Mitglied der NATO-Staaten- amerikanische Atom-Geschütze stationiert. Ihre Zahl ist wohlbehütetes Geheimnis. Frankreich und Grossbritannien verweigerten damals die Aufnahme dieser Geschütze, die Bundesregierung jedoch erblickte darin einen besondern Vertrauensbeweis.

Und die Wirkung dieser Atomgeschütze?

Darüber sagte der Wehrexperte der FDP, Bundestagsabgeordneter Mende in der Wehrpflichtdebatte: Eine einzige von diesen Geschützen abgefeuerte Atom-Granate entspricht der Bombenlast von etwa 20 000 viermotorigen Bombern des zweiten Weltkrieges...

Es konnte nicht ausbleiben, dass die Russen jenseits der Elbe nachzogen. So kann sich das gesplittene Deutschland rühmen, die schrecklichsten Vernichtungswaffen, über die West und Ost verfügen, auf seinem Boden stationiert zu wissen.

Wäre der Kanzler konsequent, hätte er schon damals, als die Amerikaner mit ihren Atom-Geschützen die Bundesrepublik beglückten, Einspruch erheben müssen. Aber Konsequenz ist nicht gerade die starke Seite des Bonner Regierungschefs.

+ + +

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler